

An die Präsidentinnen und Präsidenten sowie Verantwortlichen der
Mitglied- und weiteren Organisationen

Bern, 09. Oktober 2017

Sessionsbrief von Christian Wasserfallen

Liebe Präsidentinnen und Präsidenten
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Im Rahmen der Herbstsession ist der Beirat FH SCHWEIZ erstmals in neuer Zusammensetzung zusammengekommen. Im Parlament kamen unter anderem diese Themen zur Sprache:

Der Bundesrat will die Übergangslösung zur internationalen Bildungsmobilität der Schweizer Studierenden weiterführen und bis 2020 verlängern. Seit der Sistierung der Verhandlungen zur Vollasoziiierung der Schweiz am Programm Erasmus+ im Februar 2014 (infolge der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative) sichert diese Übergangslösung die internationale Bildungsmobilität der Schweizer Studierenden. Der Bundesrat hat dafür beim Parlament einen Gesamtkredit von 114,5 Millionen Franken beantragt, den der Ständerat am 21. September genehmigt hat. Die kleine Kammer bewertet die Übergangslösung aber nicht als gleichwertigen Ersatz für Erasmus+. Insbesondere der administrative Zusatzaufwand sei beträchtlich. Der Ständerat will deshalb den Bundesrat beauftragen, so rasch wie möglich Verhandlungen für eine Vollasoziiierung der Schweiz an Erasmus+ ab 2021 aufzunehmen. Nun kommt die Vorlage in den Nationalrat.

Der Bund muss nun nicht primär in jenen Bereichen sparen, die in den letzten Jahren stark gewachsen sind. Der Ständerat hat die entsprechende Motion aus dem Nationalrat ohne Gegenstimme abgelehnt. Damit ist der Vorstoss erledigt. Ein weiteres Thema in dieser Session in den Finanzen waren die gebundenen Ausgaben. Durch den steigenden Anteil der gebundenen Ausgaben am Gesamthaushalt des Bundes wird der Handlungsspielraum des Parlaments für die Beratung von Budget und Stabilisierungsprogrammen zunehmend und erheblich eingeschränkt. Darunter leiden hauptsächlich die Aufgabengebiete des Bundes mit schwach gebundenen Ausgaben. Darunter zählt auch die Bildung, bei welcher in der Folge gespart werden muss. Der Nationalrat hat nun einer Motion der Finanzkommission zugestimmt, welche den Bundesrat beauftragt, einen konkreten Massnahmenplan auszuarbeiten, auf dessen Grundlage die gebundenen Ausgaben des Bundes um 5 bis 10 Prozent reduziert werden können. Trotz alldem wird der Bildung im Jahr 2018 aufgrund der «Budget-Teuerungs-Korrektur» weniger Geld zur Verfügung stehen. Der Voranschlag 2018 wird in der Wintersession behandelt.

Herzliche Grüsse

Christian Wasserfallen
Präsident FH SCHWEIZ, Nationalrat

Weitere Informationen
www.fhschweiz.ch